

ten Möglichkeiten aufzuzeigen. Erst dann sollte man sich die Frage stellen, ob auch noch der Gesetzgeber bemüht werden müsse. Zudem stehen wir tatsächlich vor einer Neuorientierung der Landwirtschaftspolitik. Bevor der neue Landwirtschaftsbericht vorliegt und damit die neue Landwirtschaftspolitik feststeht, wäre es deshalb fragwürdig, im Raumplanungsbereich Dinge vorwegzunehmen, die richtigerweise zunächst im Bereich der Agrarpolitik zu entscheiden und zu lösen sind.

3. Es kommt noch ein weiteres Bedenken hinzu: Nach Auffassung des Bundesrates wäre es – auch wenn Sie die Motion überweisen – unmöglich, eine Gesetzesrevision lediglich auf die Artikel 16 und 24 des Raumplanungsgesetzes zu beschränken. Man müsste selbstverständlich die Auswirkungen auf die übrigen Zonen und auf den ganzen landwirtschaftlichen Bodenmarkt mitberücksichtigen. Eine Gesetzesrevision wäre zweifellos nur möglich, wenn man zum Schluss käme, dass die Interessen der Landwirtschaft die anderen Interessen an den Landwirtschaftszonen – den Landschaftsschutz, den Naturschutz, den Erholungsraum – eindeutig überwiegen würden.

Im übrigen hat die heutige Diskussion im Rat, die für mich sehr aufschlussreich war, doch gezeigt, dass es ziemlich illusorisch ist, zu glauben, man könne im Bereich der Artikel 16 und 24 innert nützlicher Frist zu einer konsensfähigen Revision des Raumplanungsgesetzes gelangen. Die heutige Diskussion hat vielmehr gezeigt, dass wir innert nützlicher Frist nur Fortschritte verzeichnen, wenn die Kantone die Möglichkeiten, die wir ihnen eröffnet haben, auch tatsächlich nutzen. Wenn das nicht ausreicht, dann behält sich der Bundesrat durchaus vor, auf die Frage einer Gesetzesrevision zurückzukommen.

4. Abschliessend möchte ich Ihnen auch eine andere Gefahr der Ueberweisung der Motion deutlich machen. Herr Wiederkehr hat es aus seiner persönlichen Erfahrung heraus sehr plastisch zum Ausdruck gebracht: Wenn Sie heute diese Motion überweisen, dann werden nicht nur die Kantone unsicher sein, ob sie die Richtplanänderungen, die sie in Angriff genommen haben, realisieren wollen. Die Bewilligungsbehörden der Kantone und Gemeinden werden unter ungeheuren Druck kommen. Denn alle Gesuchsteller werden natürlich bereits diese durch die Motionen lancierte Gesetzesrevision vorwegnehmen. Es besteht so lange eine grosse Gefahr hinsichtlich der konsequenten Anwendung des Gesetzes, bis eine allfällige Gesetzesrevision tatsächlich auch realisiert ist.

Aus all diesen Gründen beantrage ich Ihnen, die Motion abzulehnen bzw. sie als Postulat zu überweisen. Ich betone noch einmal: Wenn sich die Richtplanänderungen der Kantone nicht als genügend erweisen sollten, ist der Bundesrat durchaus bereit, auf die Frage einer Gesetzesrevision zurückzukommen.

Noch eine kurze Bemerkung zur Motion der Kommissionsminderheit. Frau Haering Binder, wenn wir die Gesetzesrevision abgebrochen haben, dann nicht, um sie einfach zu schubladieren, sondern wir haben anstelle der Gesetzesrevision andere Massnahmen getroffen. Wir haben die Raumplanungsverordnung total revidiert, was uns innert nützlicher Frist bedeutend mehr bringt oder schon gebracht hat als eine Gesetzesrevision, deren Schicksal von vornherein besiegelt gewesen wäre. Wenn Sie nämlich sagen, das Vernehmlassungsverfahren sei kontrovers gewesen, so ist das eindeutig ein Euphemismus. Praktisch alle Kantone haben die Gesetzesrevision auf der Basis des Vorschlags der Expertengruppe Jagmetti abgelehnt.

Ich betone noch einmal: Wir können in diesem Land nicht nur aufgrund der Verfassung, sondern auch ganz generell Raumplanung nur mit Unterstützung der Kantone verwirklichen. Deshalb hilft uns eine Fortführung der Gesetzesrevision, die praktisch von allen Kantonen einheitlich abgewiesen worden ist, sicher keinen einzigen Schritt weiter.

Ich empfehle Ihnen daher die Ablehnung der Motion der Kommissionsminderheit.

Präsident: Wir haben folgende Ausgangslage: Die Kommissionsmehrheit beantragt Ueberweisung der Motion 90.780. Herr Ruffy und Herr Mauch Rolf beantragen die Umwandlung der Motion des Ständerates (Zimmerli) in ein Postulat. Herr

Herczog beantragt Ablehnung sowohl der Motion als auch des Postulates.

Daneben liegt uns eine Motion der Kommissionsminderheit vor.

Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor: In einer Eventualabstimmung entscheiden wir über Motions- oder Postulatsform, definitiv befinden wir über Ablehnung oder Ueberweisung. Erst anschliessend stimmen wir über die Motion der Kommissionsminderheit ab. – Sie sind damit einverstanden.

Motion 90.780

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für Ueberweisung als Motion 90 Stimmen

Für Ueberweisung als Postulat 80 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für Ueberweisung der Motion 96 Stimmen

Dagegen 73 Stimmen

Motion Ad 90.780

Abstimmung – Vote

Für Ueberweisung der Motion 69 Stimmen

Dagegen 90 Stimmen

91.058

Sperrfrist für die Veräusserung nichtlandwirtschaftlicher Grundstücke. Aenderung

Délai d'interdiction de revente des immeubles non agricoles. Modification

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 2104 hiervor – Voir page 2104 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 5. Dezember 1991

Décision du Conseil des Etats du 5 décembre 1991

Ziff. I, II

Antrag der Kommission

Mehrheit

Festhalten

Minderheit

(Scheidegger, Deiss, Etique, Gros Jean-Michel, Hess Otto, Perey, Philipona, Spoerry, Theubet)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. I, II

Proposition de la commission

Majorité

Maintenir

Minorité

(Scheidegger, Deiss, Etique, Gros Jean-Michel, Hess Otto, Perey, Philipona, Spoerry, Theubet)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Engler, Berichterstatter: Sie haben neben der Fahne einen Antrag der Redaktionskommission erhalten. Die Redaktionskommission schlägt vor, dass wir Artikel 10 Absatz 5 betreffend Pfandbelastung separat behandeln. Der Grund liegt in der Gesetzgebungstechnik. Es sind zwei unterschiedliche Bundesbeschlüsse, die wir auseinanderhalten sollten; wir sollten nicht eine Aenderung des Pfandbelastungsbeschlusses in den Schlussbestimmungen vorlegen. Die Kommission hat diesen Antrag aus zeitlichen Gründen nicht mehr behandeln

können. Persönlich bin ich aber der Ueberzeugung, dass keine vernünftigen Argumente dagegen sprechen, dass wir Artikel 10 Absatz 5 herauslösen und daraus einen speziellen Bundesbeschluss machen. Damit würde auch dem Prinzip der Einheit der Materie Rechnung getragen.

Die Differenzen zu Beginn und zu Ende des Beschlusses hängen zusammen. Es wird nur zu einer einzigen Abstimmung über Mehrheit bzw. Minderheit kommen. Die Kommission hat mit einer sehr knappen Mehrheit von 10 zu 9 Stimmen an der Reduktion der Sperrfrist von 5 auf 3 Jahre festgehalten und sich damit gegen eine gänzliche Aufhebung ausgesprochen. Die Argumente sind bekannt; ich möchte sie nicht *in extenso* wiederholen, sondern die wichtigsten zusammenfassen:

1. Die Minderheit, welche die gänzliche Aufhebung möchte, bringt vor, dass sich die Situation verändert habe. Sie bringt vor, dass der Beschluss deshalb keine eigenständige Bedeutung mehr habe. Sie bringt vor, der administrative Aufwand für die Bewilligungsverfahren lasse sich nicht mehr rechtfertigen und es sollten nun Zeichen in die andere Richtung gesetzt werden.

2. Demgegenüber sagt die Mehrheit, es bestehe nach wie vor eine Gefahr: Es könnte wieder zum Aufflackern des Feuers kommen; es könnte, nachdem sich die Leute auf tieferem Niveau eingedeckt haben, wieder zu einer Spekulationswelle kommen. Es wird geltend gemacht, der Beschluss schade niemandem und könne deshalb auch weiterhin in Kraft bleiben. Zudem solle der Handlungsspielraum erhalten bleiben und man müsse die Analysen und die Anschlussprogramme des Bundesrates abwarten. Eine vorzeitige Aufhebung sei deshalb ein falsches Zeichen und verstosse gegen die Prinzipien der Rechtssicherheit und der Kontinuität.

Ich beantrage Ihnen, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen und an unserem ersten Beschluss festzuhalten.

M. Borel François, rapporteur: Il ne s'agit pas aujourd'hui d'ouvrir à nouveau l'ensemble du dossier de la spéculation foncière. Officiellement, tout le monde est d'avis que la spéculation foncière a des conséquences économiques et sociales dommageables et qu'il convient de la combattre. Il ne faut cependant pas être naïf au point d'ignorer que certains, dans cette salle et ailleurs, émettent des restrictions mentales quant à cette affirmation officielle et admettent la spéculation lorsqu'elle est à leur avantage.

La spéculation foncière est un phénomène complexe. Personne ne peut prétendre avec certitude que tel ou tel remède s'impose. Il en va ainsi de l'objet qui nous concerne maintenant. En 1989, le Parlement a approuvé cet arrêté urgent, valable pour cinq ans, en admettant que, durant cette période, le droit ordinaire pouvait être complété par des instruments anti-spéculatifs. En 1990, le Parlement a souhaité des retouches à l'arrêté de 1989. Le Conseil fédéral a accepté ces retouches et nous les soumet pour approbation. A cette occasion, l'ensemble du dossier a été réouvert. Le Conseil fédéral dispose de la compétence d'abroger l'arrêté. Il a cependant clairement dit qu'il lui paraissait inopportun de le faire à l'heure actuelle. A son avis, le fait que le marché foncier se soit calmé depuis 1989 n'est pas une raison suffisante pour l'abrogation et il convient de maintenir cette mesure en vigueur comme garde-fou contre toute éventuelle reprise de la spéculation. La hausse du taux hypothécaire ne suffit pas à la supprimer. Signalons par exemple le cas de la Grande-Bretagne qui souffre d'une fièvre spéculative malgré des taux de l'ordre de 14 pour cent.

Cet avis du Conseil fédéral a été partagé par une majorité de notre Conseil, en début de session. Par contre, une minorité ainsi que la majorité du Conseil des Etats sont d'avis que cet arrêté est non seulement devenu inutile mais qu'il entrave le marché foncier. Dans une proportion de 10 contre 9, notre conseil a approuvé précédemment la position du Conseil fédéral. C'est également par 10 voix contre 9 que votre commission vous invite à maintenir votre point de vue, c'est-à-dire à ne pas nous rallier à la proposition d'abrogation du Conseil des Etats. La majorité de la commission est d'avis qu'aucun élément nouveau n'est survenu ces dix derniers jours qui nous permettrait de réviser notre position.

L'arrêté urgent dont nous parlons aujourd'hui a pour objectif de combler une lacune du droit foncier actuel, ce qui ne pourra se faire à très court terme. Le Conseil fédéral a annoncé son intention de proposer des modifications du droit ordinaire, mais la complexité du dossier ne permet pas d'espérer que gouvernement et Parlement aboutissent dans cette démarche avant 1993 ou 1994. Les quelques jours écoulés depuis notre premier vote ne rapprochent pas cette échéance.

L'application de l'arrêté durant l'année 1990 a mis en évidence un certain nombre de défauts, qui ont été corrigés dans la version dont nous discutons aujourd'hui. Depuis dix jours, aucun défaut nouveau n'a été signalé. Il convient donc de confirmer la version modifiée de l'arrêté de 1989. Le maintien de notre position ne bloque pas la situation sur le plan juridique, il ne fait que contraindre le Conseil des Etats à entrer en matière sur les propositions réclamées en 1990 par notre propre Parlement – Conseil national et Conseil des Etats. En effet, si chaque conseil reste sur ses positions, la modification de l'arrêté n'entrera pas en vigueur, et c'est la version adoptée en 1989 qui resterait en vigueur, ce que la petite Chambre ne souhaite certainement pas. En maintenant notre soutien au Conseil fédéral, c'est-à-dire notre décision d'il y a quelques jours, nous ne faisons que contraindre nos collègues du Conseil des Etats à entrer en matière sur des propositions de modification de la loi qu'ils ont eux-mêmes réclamées il y a un an.

La psychologie joue un rôle important dans un phénomène aussi sensible que la spéculation foncière. Si nous abrogeons l'arrêté de 1989, nous donnons le mauvais signal psychologique: nous signalons aux spéculateurs potentiels que nous renonçons pour l'instant à intervenir contre leur activité; nous signalons à ceux qui ont souffert de la spéculation foncière que nous renonçons à les défendre contre toute reprise de ce fléau; enfin, nous signalons à ceux qui sont chargés de modifier le droit ordinaire pour y introduire des instruments anti-spéculatifs, qu'ils n'ont pas besoin de se presser puisque la situation actuelle paraît satisfaisante. Evitons de donner ce signal. En principe, nous admettons dans ce conseil que nous devrions nous abstenir de légiférer par arrêté urgent. Si le Conseil des Etats n'entre pas en matière sur les modifications proposées, nous programmons un nouvel arrêté urgent en cas de reprise, tout à fait possible – personne en effet ne peut prétendre que nous sommes à l'abri de toute spéculation dans les mois ou dans les années à venir – de la spirale ascendante des prix fonciers.

La majorité de votre commission, par 10 voix contre 9, vous recommande de maintenir notre position, c'est-à-dire notre soutien au Conseil fédéral. Cela ne fera que contraindre le Conseil des Etats à entrer en matière sur des modifications de l'arrêté de 1989 qu'il a lui-même demandées il y a un an.

Scheidegger, Sprecher der Minderheit: Ich kann mich sicher sehr kurz fassen; die sachlichen Argumente wurden bereits vor zehn Tagen in diesem Saal erörtert.

Die Minderheit schlägt Ihnen Zustimmung zum Ständerat und damit die Aufhebung der Sofortmassnahmen und der Sperrfrist vor. Die Erosion bei diesem Beschluss ist geradezu gewaltig. Ich stehe dazu, dass die freisinnige Partei 1988 einen Vorstoss für eine Sperrfrist unternommen hat. In einer parlamentarischen Initiative wurde diese Sperrfrist verlangt; sie wurde in einer Kommissionssitzung behandelt und im Sommer des Jahres 1989 hier verabschiedet. Die Detaildiskussion wurde jedoch ausgesetzt, um dem Programm des Bundesrates den Vortritt zu geben. In diesem Rat wurde mit 154 gegen 15 Stimmen am 20. September 1989 Eintreten auf den Beschluss A beschlossen. Darunter befanden sich sehr viele freisinnige Stimmen.

In der Zwischenzeit sind die Ziele dieses Sofortprogrammes erreicht. Deshalb ist die freisinnige Fraktion für Aufhebung dieses Beschlusses. Diese Meinung wurde auch an der gestrigen Kommissionssitzung immerhin von 9 der 19 Mitglieder vertreten. Der Ständerat hat ganz klar signalisiert, dass er nicht bereit ist, diesen Beschluss fortzuführen. Mit 27 zu 11 Stimmen hat er eine Aufhebung des Beschlusses beschlossen. Das ist ein neues Element. Sonst haben sich in diesen zehn Tagen

keine neuen Elemente ergeben. Dies aber ist ein wesentliches politisches Element.

Ich bitte Sie, der Minderheit Ihrer Kommission, die eine starke Minderheit war, zuzustimmen.

Ruckstuhl: Wir sprechen hier zur Frage der Sperrfrist für die Veräusserung nichtlandwirtschaftlicher Grundstücke. Ich bin der Meinung, dass der Begriff «Sperrfrist» etwas irreführend ist, handelt es sich doch – wie wir dies in der kurzen Praxis mit diesem Bundesbeschluss erlebt haben – nicht um eine Sperre, sondern lediglich um eine Schranke. Diese Schranke ist nicht an allem schuld, was sich innerhalb der letzten zwei bis drei Jahre auf dem Gebiet des Bodenmarktes verändert hat.

Wir wollen nicht Handänderungen um jeden Preis, ob sozial und volkswirtschaftlich nützlich oder schädlich. Wir wollen einen Bodenmarkt, der sozial verträglich ist, und wir wollen ihn durch die Einschränkung der Handänderungen, die diesem Ziel nicht entsprechen, einschränken. Die Gegner dieses Bundesbeschlusses vergessen, dass wir ausserordentlich viele Ausnahmen beschlossen haben und dass in der Praxis die Regel eigentlich von der Ausnahme bestimmt wird. Wir unterbinden nur noch die wirklich volkswirtschaftlich schädlichen Fälle.

Die Sperrfrist soll keine Eintagsfliege sein. Wir wollen eine Anschlussgesetzgebung, die von diesem Probelauf geprägt werden kann. Wir wollen die Eigentumsförderung, indem wir die selbstgenutzten Wohnräume Familien und Jugendlichen zur Verfügung stellen. Und wir wollen nicht, dass die Tatsache, dass wir mit dieser Massnahme zu spät gekommen sind, sich wiederholt, indem wir die Massnahme jetzt aufheben und damit ein weiteres Mal zu spät kommen werden. Denn wenn wir jetzt aufheben, dann heisst das, dass wieder Spekulationskäufe getätigt werden. Wenn wir feststellen, dass das zu weit geht, müssen wir wieder einschränken, und die Verkäufe können nicht stattfinden. Das ist genau das, was wir verhindern wollen.

Ich bitte Sie im Namen eines grossen Teiles der CVP-Fraktion, der Beibehaltung der Sperrfrist zuzustimmen.

M. Ducret: Lorsqu'en janvier 1991 j'ai développé la motion visant à réduire le délai d'interdiction de revente et à élargir la liste des exceptions, j'avais également proposé d'introduire dans l'arrêté une clause de rigueur qui aurait permis aux autorités cantonales chargées de son application de tenir compte des particularismes cantonaux, tout en préservant bien évidemment la volonté de lutter contre la spéculation. M. Koller, conseiller fédéral, s'y était opposé avec force en soutenant qu'une telle modification irait à fins contraires du but recherché par la loi et lui enlèverait toute signification. On sait que ma motion fut adoptée globalement par notre conseil mais que, malheureusement, elle fut amputée de cette proposition par le Conseil des Etats.

Rétrospectivement, et au vu des remarques que j'ai entendues ces derniers jours – principalement du côté de ceux qui représentent des cantons non encore touchés par la grave crise immobilière sévissant dans certaines villes de notre pays, tout particulièrement dans les cantons romands – j'en viens à regretter d'autant plus le rejet d'une proposition qui aurait évité – j'en suis convaincu – les procès d'intention qui se profilent derrière notre débat. J'observe d'ailleurs que ceux qui, aujourd'hui, sont les plus ardents défenseurs de ma motion sont ceux qui, hier, s'y étaient opposés avec la même énergie.

Dès lors, je ne m'adresse pas à ceux qui considèrent, pour des raisons philosophiques, qu'on ne légifèrera jamais assez, qui voient des abus partout et qui préfèrent en toute circonstance utiliser des armes de gros calibre pour les combattre, au risque de commettre des bavures. Je m'adresse au contraire à ceux qui, dans cette salle, croient encore que le grand mérite de nos institutions réside dans un fédéralisme bien compris, qui tiennent compte des particularismes et des sensibilités différentes, à ceux qui croient encore à la solidarité entre les différentes régions du pays, à ceux qui, enfin, sont conscients des devoirs de la majorité vis-à-vis des minorités.

Ce n'est pas un hasard si, à de rares exceptions, tous les parle-

mentaires latins bourgeois sont aujourd'hui favorables à l'abrogation de cet arrêté. Non qu'ils souhaitent une reprise de pratiques qu'ils condamnent avec conviction et sans restriction mentale quelconque, Monsieur Borel, mais simplement parce qu'ils sont confrontés dans leur canton à une situation qui mérite un peu plus d'attention que le regard froid des gardiens d'une rigueur juridique, et qui devrait au contraire les amener à abandonner une législation d'exception et à dire qu'elle n'a aucune efficacité.

J'ose affirmer qu'aujourd'hui la majorité de la commission, même si elle est faible, et le Conseil fédéral ne nous proposent pas de tirer sur une ambulance, mais sur un corbillard. C'est la raison pour laquelle, avec la minorité du groupe démocrate-chrétien, je vous invite à abroger cet arrêté.

Präsident: Die SVP-Fraktion beantragt, dem Beschluss des Ständerates zuzustimmen.

Frau Diener: Für die grüne Fraktion gibt es keine einleuchtenden Gründe, diesen Bundesbeschluss aufzuheben. Wir sind also geschlossen für Beibehalten und nicht für Angleichung an den Ständerat, dies vor allem darum, weil wir keine Gewähr dafür haben, dass die Kaskadenverkäufe nicht doch wieder stattfinden werden. Wir kennen genügend Beispiele dafür, dass die Zinssituation allein Spekulationen nicht unterbinden kann.

Am allerwichtigsten ist für die grüne Fraktion, dass noch kein Anschlussprogramm steht. Es ist klar, dass dieses Anschlussprogramm – auch in diesem Saal – sehr umstritten sein wird. Wir meinen, dass wir gerade den Druck dieser Sperrfrist noch ein bisschen länger ausnützen müssen, um politisch einen Konsens für das Anschlussprogramm zu finden.

Das ist im übrigen auch die Frage an die Minderheit der Kommission und an diejenigen, die die Sperrfrist aufheben wollen: Welches ist denn Ihre Alternative im Bodenrecht, wenn wir diese Sperrfrist jetzt aufheben? Darüber hat niemand gesprochen, auch Herr Scheidegger nicht in seinem Votum zum Minderheitsantrag.

Ich vermisse ein Stück weit auch die Erleichterung, die wir eigentlich in diesem Saale ausdrücken sollten: nämlich dass das, was wir angestrebt haben, wirklich erreicht wurde. Ich bin erstaunt, dass vor allem auch von bürgerlicher Seite so wenig Freude darüber zum Ausdruck kommt, dass diese Preissteigerungen unterbunden werden konnten.

Für die grüne Fraktion ist ganz klar: Wir sind für Beibehaltung der Sperrfrist, bis wir ein echtes Anschlussprogramm haben.

Mme Jeanprêtre: Nous n'allons pas refaire le débat d'il y a une semaine. Nous ne pouvons que répéter que nous ne devons pas jouer le rôle de mauvais oracles au profit des seuls spéculateurs en prétendant qu'une recrudescence de la spéculation foncière est définitivement écartée.

Le Conseil fédéral, de façon lucide et raisonnable, refuse d'ailleurs de nous embarquer sur cette voie-là, en proposant de fixer un délai d'interdiction de trois ans. Si la situation sur le marché immobilier a changé depuis deux ans, nous n'avons cependant aucune certitude que cet apaisement momentané durera.

De plus, nous sommes convaincus du rôle psychologique tout à fait évident que peut avoir l'arrêté fédéral urgent. Nous rappelons que cet arrêté veut combattre la spéculation foncière et les ventes d'immeubles en cascade. En aucun cas, il n'empêche un propriétaire de vendre son immeuble au cas où il le désirerait ou serait acculé à le faire, mais à la seule condition qu'il n'en tire pas de bénéfice. C'est ainsi qu'on a donné faussement l'impression que tout était bloqué et que des affaires ne pouvaient plus se conclure. En outre, des dérogations nombreuses et généreuses viennent encore adoucir la portée de l'arrêté fédéral urgent.

Les modifications législatives prévues dans le programme d'accompagnement du Conseil fédéral sont loin d'être adoptées, et cela – c'est une certitude – donnera lieu à de belles «empoignades» politiques. Si l'un des grands promoteurs immobiliers romands a estimé que l'arrêté urgent était entré en vigueur une année trop tard, il serait encore bien plus humili-

liant de recevoir de ce monsieur une deuxième leçon de politique lorsqu'il prétendrait que l'arrêté a été abrogé trop tôt. C'est notre responsabilité politique que d'anticiper les événements sociaux, en l'occurrence la reprise de la spéculation foncière. Le groupe socialiste a apprécié le bien-fondé et l'efficacité de cet arrêté. Nous avons même, il y a une semaine, fait un baroud d'honneur en voulant maintenir le délai d'interdiction à cinq ans. Le Conseil des Etats n'a pas apporté d'éléments nouveaux et convaincants dans le débat. Nous ne pouvons que vous engager à maintenir à trois ans au moins ce délai et à confirmer la précédente décision du Conseil national.

Vollmer: Die SP-Fraktion unterstützt die Kommissionsmehrheit und den Bundesrat. Wir sind gegen eine sofortige Aufhebung dieses dringlichen Bundesbeschlusses.

Mit dem Beschluss des Ständerates wurden überhaupt keine neuen Argumente auf den Tisch gebracht, die uns jetzt dazu verführen könnten, vom Beschluss abzuweichen, den wir vor vierzehn Tagen gefällt haben. Es ist offensichtlich so, dass einige politische Milieus im Land diesen Bundesbeschluss einfach aus politisch-ideologischen Gründen vom Tisch haben möchten.

Wir stellen zwar fest, dass dieser dringliche Bundesbeschluss momentan nicht mehr die Wirkung zu entfalten hat, die man sich ursprünglich vorgestellt hatte, weil sich die Verhältnisse im Liegenschafts- und im Kapitalmarkt grundlegend verändert haben. Das ist richtig. Aber wer garantiert Ihnen, dass wir nicht schon in kurzer Zeit wieder Verhältnisse haben, bei denen wir gegen diese spekulativen, sozialpolitisch und volkswirtschaftlich schädlichen Geschäfte dringend etwas unternehmen müssen?

Wir halten eine Stop-and-go-Politik auch im Interesse der Rechtssicherheit für verfehlt. Es wäre unglücklich, diesen Bundesbeschluss aufzuheben, der – wie aus den Voten hervorgeht – nachweislich keine negativen Wirkungen entfaltet, um ihn dann in zwei, drei Jahren – hoffentlich – im Rahmen eines griffigen Anschlussprogramms wieder zu erlassen. Es wäre nicht im Interesse der Rechtssicherheit, diese Stop-and-go-Politik jetzt mit der Aufhebung dieses Beschlusses zu sanktionieren.

Der Boden- und Wohnungsmarkt ist viel zu sensibel. Er ist sozialpolitisch von grösster Bedeutung. Zu viele Mieterinnen und Mieter in diesem Land sind in einer schwierigen Situation bei ihrer Wohnungssuche. Die Nachfrage ist ungebrochen. Es gibt eigentlich keine Anzeichen, die etwas anderes aussagen würden, als dass wir bald wieder weitere Preissteigerungen ins Haus bekommen.

Stimmen Sie deshalb gegen die Aufhebung dieses Bundesbeschlusses. Folgen Sie dieser Hauruckpolitik des Ständerates nicht. Setzen Sie ein Zeichen im Hinblick auf eine kontinuierliche Politik, dies im Vertrauen, dass uns auch der Bundesrat nächstens ein entsprechendes Anschlussprogramm unterbreiten wird.

M. Gros Jean-Michel: Tous les arguments de fond qui justifient l'abrogation de cet arrêté urgent ont été évoqués longuement à cette tribune, il est donc inutile d'y revenir. Mais, contrairement à ce que plusieurs ont dit, un élément nouveau est survenu et il est important, même si M. Borel, dans son aveuglement idéologique ne veut pas le voir. Cet événement nouveau, c'est la décision sans appel du Conseil des Etats qui, par 27 voix contre 11, s'est prononcé pour l'abrogation, en nous montrant par la netteté de son vote qu'il souhaitait que le Conseil national revoie sa position.

Le groupe libéral vous recommande donc de vous rallier au Conseil des Etats qui a probablement mieux saisi que nous, de par sa nature, tous les inconvénients et les complications que génère cet arrêté pour les cantons. Le groupe libéral vous demande de montrer aujourd'hui, au moins pour une fois, que notre Parlement est aussi capable de «déléguer», qu'il reste conscient des effets que peuvent déployer les lois et que lorsque ceux-ci deviennent pervers, il n'hésite pas à en supprimer les causes. La population, qui nous a témoigné sa confiance il y a deux mois, attend aussi cela de nous. En cette période difficile pour nos concitoyens, ce n'est pas des entraves que nous

devons mettre en place, mais des encouragements. N'est-ce pas votre collègue, Monsieur le Conseiller fédéral, M. Delamuraz, qui déclarait récemment, en période de campagne électorale: «une loi de plus c'est cent logements de moins». Nous ferions bien, aujourd'hui, de nous inspirer de cette sage maxime.

Steinemann: Im Namen der Auto-Partei-Fraktion halte ich fest, dass wir nach wie vor für die Aufhebung der Sperrfrist sind. Unsere Argumente haben wir Ihnen bereits geliefert. Der Beschluss ist nicht sinnvoll, sondern eher kontraproduktiv und schon gar nicht mit «Zeichen-Setzen» zu begründen. Wir bitten Sie deshalb, dem Ständerat zu folgen und für die Aufhebung der Sperrfrist zu stimmen.

Engler, Berichterstatter: Ich möchte ganz kurz auf die Argumente eingehen.

Herr Ducret hat auf eine Härteklausele hingewiesen, die er in der Motion verlangt hatte. Dazu möchte ich sagen, dass er in seiner Motion nicht die Aufhebung des Sperrfristbeschlusses wollte, sondern dessen Aenderung. Diese Aenderung führt zu einer Verkürzung der Frist von 5 Jahren auf 3 Jahre, und gerade diese Verkürzung rechtfertigt es nicht, dass man zusätzlich noch weitere Gründe aufnimmt, insbesondere dass man noch eine Härteklausele aufnimmt.

Für die Aenderung des Bundesbeschlusses sind valable und gute Gründe geltend gemacht worden. Ich erinnere an den Bundesgerichtsentscheid, der zwischen dem Erbgang und der Erbteilung unterscheidet. Hingegen ist bis heute an dieser Tribüne nicht dargetan worden, welche stossenden Fälle bei einer Reduktion der Frist und bei einer Verbesserung des Beschlusses vorkommen sollten.

Frau Diener hat zu Recht angeführt, dass seit dem letzten Mal an sich keine neuen Argumente hinzugekommen sind. Herr Gros Jean-Michel jedoch hat gesagt, es sei ein neues Argument hinzugekommen: der klare Beschluss des Ständerates. Ich möchte dazu festhalten, dass das zutrifft. Es handelt sich aber nur um ein formelles und kein inhaltliches, kein materielles Argument.

Ich möchte doch noch an die beiden Voten von Herrn Ruckstuhl und Herrn Vollmer erinnern, die beide klar gesagt haben, es brauche Kontinuität, es brauche Rechtssicherheit und das Parlament dürfe in dieser Legislatur nicht wieder in die Hauruck- oder Stop-and-go-Politik verfallen, die uns in der letzten Legislatur immer wieder vorgehalten wurde. Ich glaube deshalb, dass es auch eine Frage der Glaubwürdigkeit unseres Rates ist, dass wir unsere Meinungen nicht einfach ohne neue Argumente ändern.

Ich möchte Sie bitten, der Mehrheit zuzustimmen.

M. Borel François, rapporteur: Aucun fait nouveau, ai-je dit tout à l'heure. MM. Scheidegger et Gros ont dit: «Si, un fait nouveau, à savoir que le Conseil des Etats n'est pas d'accord avec nous».

Eh bien, je le répète: aucun fait nouveau sur le fond n'est intervenu ces dix derniers jours. Or, est-ce une raison, parce que le Conseil des Etats n'est pas d'accord avec la majorité de notre conseil, pour que l'on renonce à notre point de vue? En l'occurrence, nous estimons que le Conseil des Etats n'a pas apporté d'éléments nouveaux qui permettent à notre conseil de modifier son vote.

C'est la raison pour laquelle nous vous demandons de maintenir votre décision. Tirons-nous sur un corbillard, comme l'a dit M. Ducret? Si c'était le cas, ce ne serait guère dommageable. Si cette mesure est inutile pour l'instant, maintenons-la en vigueur, elle peut s'avérer utile en cas de reprise de la spéculation foncière. Aveugle idéologiquement peut-être, Monsieur Gros, mais pas aveugle au point de ne pas me rendre compte que ceux qui veulent supprimer cette mesure veulent peut-être éviter à certains spéculateurs de payer aujourd'hui la facture qu'il serait logique qu'ils paient!

Bundesrat Koller: Der Bundesrat bittet Sie, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen und damit an dem von Ihnen revidierten Sperrfristbeschluss grundsätzlich festzuhalten. Auch ich

möchte nicht mehr in allen Details auf die Gründe dieser bundesrätlichen Haltung zurückkommen. Ich wiederhole nur noch einmal die wichtigsten Punkte.

Wir geben ohne weiteres zu, dass sich die Lage auf dem Immobilienmarkt seit Erlass der Sofortbeschlüsse grundlegend verändert hat. Nach Auffassung des Bundesrates dürfen wir jedoch diesen Sperrfristbeschluss – der heute nicht schadet, das möchte ich Herrn Gros Jean-Michel gegenüber ausdrücklich festhalten – nicht aufheben. Bei einer Aufhebung werden kein Haus und keine Wohnung zusätzlich gebaut. Man gibt vielleicht höchstens ein psychologisches Zeichen, aber irgendwelche Wunder dürfen Sie sich davon wirklich nicht erhoffen. Es hat sich auch gezeigt, dass die Aufhebung des Beschlusses C im Frühling praktisch überhaupt nichts bewirkt hat. Man darf also diesen Beschluss nicht zum Sündenbock machen. Aber für die bundesrätliche Haltung ist entscheidend, dass die Gefahr neuer Spekulationen auf dem Immobilienmarkt während der Geltungsdauer dieses Beschlusses, also bis Ende 1994, nicht gebannt ist. Denn eines lässt sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit voraussagen: Die nächste Hausse auf dem Immobilienmarkt kommt bestimmt. Sie wissen, Boden ist ein nicht vermehrbare Gut; das Angebot wird auch in Zukunft beschränkt sein; die Nachfrage wächst aber ständig. Wir wissen – als Faustregel –, dass der Wohnraumbedarf pro Kopf in den letzten Jahren immer um einen Quadratmeter je Jahr gewachsen ist. Diese Entwicklung wird weiterhin anhalten, und damit ist die nächste Hausse auf dem Immobilienmarkt mit Sicherheit vorauszusehen.

Wenn dem aber so ist, können wir diesen Sperrfristbeschluss mit gutem Gewissen nur aufheben, wenn wir valable Alternativen haben. Solche sind aber weder im Ständerat noch hier im Nationalrat geltend gemacht worden. Es wurde einzig gesagt, die hohen Hypothekarzinsen böten für sich allein schon genügend Garantie dafür, dass es nicht mehr zu einer derartigen Spekulation auf dem Immobilienmarkt kommen werde. Wir haben aber das Beispiel von England, das genau das Gegenteil beweist. In England kam es Mitte der achtziger Jahre zu einem Immobilienboom, trotz Hypothekarzinsen von 14 Prozent. Also bieten die Hypothekarzinsen, selbst wenn sie hoch bleiben werden – wir hoffen ja, dass sie gelegentlich etwas sinken, aber sie werden kaum mehr auf 5 oder noch weniger Prozent zurückgehen –, angesichts der wachsenden Nachfrage auf längere Dauer keinerlei Garantie, dass es nicht zu einem neuen Immobilienboom kommt.

Der Bundesrat möchte deshalb in drei, vier Jahren – auch dann werden wieder Wahlen sein – nicht die Verantwortung übernehmen und erklären, wir hätten im Jahre 1991 auf dieses wirksame Instrument der Spekulationsbekämpfung verzichtet – in einem Land, das bekanntlich in bezug auf Bodeneigentum einen Minusrekord aufweist. Glauben Sie wirklich, dass wir es uns angesichts dieses Minusrekordes politisch leisten können, auf dieses wirksame Instrument gegen die Spekulation zu verzichten, ohne auch nur irgendeine Alternative namhaft machen zu können?

Aus diesen Gründen beantragt Ihnen der Bundesrat, am revidierten Sperrfristbeschluss festzuhalten.

Namentliche Abstimmung – Vote par appel nominal

Für den Antrag der Minderheit stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition de la minorité:

Allenspach, Aregger, Aubry, Baumberger, Bezzola, Binder, Blocher, Bonny, Borer Roland, Borradori, Bortoluzzi, Bühler Gerold, Camponovo, Cavadini Adriano, Chevallaz, Cincera, Comby, Cotti, Couchepin, Daepf, Darbellay, Deiss, Dettling, Dreher, Ducret, Eggly, Epiney, Etique, Eymann Christoph, Fehr, Fischer-Hägglingsen, Fischer-Seengen, Frey Claude, Frey Walter, Fritsch Oscar, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Gros Jean-Michel, Guinand, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Hess Otto, Hildbrand, Jenni Peter, Kern, Loeb François, Maître, Mamie, Maspoli, Mauch Rolf, Maurer, Miesch, Moser, Mühlemann, Müller, Nabholz, Narbel, Neuenschwander, Oehler, Perey, Philippona, Pini, Poncet, Raggenbass, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Savary,

Scheidegger, Scherrer Jürg, Scheurer Rémy, Schmied Walter, Schwab, Seiler Hanspeter, Spoerry, Stamm Luzi, Steinegger, Steinemann, Stucky, Theubet, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Wittenwiler, Wyss, Zölch, Zwahlen (93)

Für den Antrag der Mehrheit stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition de la majorité:

Aguet, Bär, Baumann, Bäumlin, Béguelin, Bircher Peter, Bircher Silvio, Bischof, Blatter, Bodenmann, Borel François, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühler Simeon, Bühlmann, Bundi, Bürgi, Caccia, Carobbio, Caspar, Columberg, Danuser, de Dardel, David, Diener, Dünki, Engler, Fankhauser, Fasel, von Felten, Gardiol, Goll, Gonseth, Grendelmeier, Gross Andreas, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Haller, Hämmerle, Herczog, Hess Peter, Hollenstein, Hubacher, Iten Joseph, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Keller Anton, Keller Rudolf, Kühne, Ledergärber, Leemann, Leu Josef, Leuenberger Ernst, Maeder, Marti Werner, Matthey, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Rebeaud, Rechsteiner, Robert, Ruckstuhl, Ruf, Scherrer Werner, Schmid Peter, Schmidhalter, Segmüller, Seiler Rolf, Spielmann, Stalder, Stamm Judith, Steiger, Strahm Rudolf, Thür, Tschäppät Alexander, Vollmer, Weder Hansjürg, Wiederkehr, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger, Zwygart (88)

Der Stimme enthält sich – S'abstient:

Jaeger

(1)

Abwesend sind die folgenden Ratsmitglieder – Sont absents:

Berger, Dormann, Duvoisin, Eggenberger, Fischer-Sursee, Friderici Charles, Gysin, Leuba, Leuenberger Moritz, Luder, Pidoux, Ruffy, Schnider, Sieber, Steffen, Suter, Wick (17)

Präsident Nebiker stimmt nicht

M. Nebiker, président, ne vote pas

Antrag der Redaktionskommission

(ersetzt Artikel 10 Absatz 5)

Titel

Bundesbeschluss über eine Pfandbelastungsgrenze für nichtlandwirtschaftliche Grundstücke

Aenderung vom

Ingress

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft beschliesst:

Ziff. I

Ingress

Der Bundesbeschluss vom 6. Oktober 1989 über eine Pfandbelastungsgrenze für nichtlandwirtschaftliche Grundstücke wird wie folgt geändert:

Art. 2 Abs. 1

Die Belastungsgrenze gilt während drei Jahren seit dem letzten Eigentumserwerb.

Ziff. II

Abs. 1

Dieser Beschluss ist allgemeinverbindlich; er untersteht dem fakultativen Referendum.

Abs. 2

Er tritt am Tag nach dem unbenutzten Ablauf der Referendumsfrist in Kraft.

Proposition de la Commission de rédaction

(remplace l'article 10 alinéa 5)

Titre

Arrêté fédéral concernant une charge maximale en matière d'engagement des immeubles non agricoles

Modification du

Préambule

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse arrête:

*Ch. I**Préambule*

L'arrêté fédéral du 6 octobre 1989 concernant une charge maximale en matière d'engagement des immeubles non agricoles est modifié comme il suit:

Art. 2 al. 1

Les prescriptions sur la charge maximale sont applicables pendant trois ans à compter de la dernière acquisition en propriété.

*Ch. II**Al. 1*

Cet arrêté, qui est de portée générale, est sujet au référendum facultatif.

Al. 2

Il entre en vigueur le jour suivant l'expiration du délai de référendum s'il n'en a pas été fait usage.

Angenommen – Adopté

C'est pourquoi, tout en confirmant l'inquiétude réelle qui est la nôtre face à la détérioration du plan à moyen terme, nous vous demandons d'adhérer à la décision du Conseil des Etats, ce qui éliminera l'unique divergence de cet arrêté.

Angenommen – Adopté

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

Schluss der Sitzung um 12.30 Uhr

La séance est levée à 12 h 30

91.055

SBB. Voranschlag 1992**CFF. Budget 1992***Differenzen – Divergences*

Siehe Seite 2071 hiervor – Voir page 2071 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 3. Dezember 1991

Décision du Conseil des Etats du 3 décembre 1991

Art. 3*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Zwygart, Berichterstatter: Es besteht eine Differenz zum Ständerat, und zwar bei Artikel 3 des Bundesbeschlusses über den Voranschlag der Schweizerischen Bundesbahnen für das Jahr 1992. Hier nimmt das Parlament Stellung zum Mittelfristplan 1993–1997. Wegen der unerfreulichen Perspektiven hat der Nationalrat am ersten Sitzungstag «mit Beunruhigung» davon Kenntnis nehmen wollen. Der Ständerat hat aus formalen Gründen den Zusatz «mit Beunruhigung» nicht in den Beschluss aufgenommen.

Die Verkehrskommission beantragt Ihnen nun, dem Ständerat zuzustimmen. Anlässlich der Diskussion hatten die Räte genügend Gelegenheit, die Alarmglocke zu läuten. Damit haben sie auch zum Ausdruck gebracht, dass Handlungsbedarf besteht.

M. Theubet, rapporteur: La Commission des transports et du trafic a pris connaissance d'une divergence à propos de l'article 3 de l'arrêté concernant le budget des CFF. Il s'agit davantage d'une question formelle que matérielle. Il est vrai que la formulation adoptée par notre conseil comporte une appréciation subjective, ce qui rend son interprétation difficile sur le plan juridique. Elle avait néanmoins le mérite d'exprimer le sentiment de la commission et de notre conseil à la lecture du plan à moyen terme des CFF pour 1993 à 1997.

Etant donné que nous travaillons dans le cadre d'une planification glissante, il est possible de revoir chaque année les principales conditions financières fixées par la Confédération et de corriger ainsi l'évolution négative des prévisions. Nous nous rangeons donc à l'avis du Conseil fédéral.

Sperrfrist für die Veräußerung nichtlandwirtschaftlicher Grundstücke. Aenderung

Délai d'interdiction de revente des immeubles non agricoles. Modification

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.058
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	11.12.1991 - 09:35
Date	
Data	
Seite	2349-2354
Page	
Pagina	
Ref. No	20 020 689

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.